dbb beamtenbund und tarifunion

Friedrichstraße 169
10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon +49 (30) 4081-5570
Telefax +49 (30) 4081-5599
presse@dbb.de
www.dbb.de

Nr. 40 **27. November 2026**

Inhalt

Gespräch mit Stefan Nacke
Sozialreformen brauchen Augenmaß

Sicherheitslage
Der öffentliche Dienst im Fadenkreuz

Treffen mit Steffen Bilger
Ohne sichere Finanzierung keine intakte Infrastruktur

Austausch mit BMK-Präsidentin
Beamtenstatus stärkt Schule und Demokratie

dbb frauen
Fortschritt sichern – kein Schritt zurück!

dbb frauen
Orange Day 2026: Gewalt verhindern, Betroffene schützen, Täter bestrafen

dbb jugend
Der Staat muss ein flexibler Arbeitgeber sein

dbb jugend
Nur 17 Prozent der jungen Menschen sind mit der Verwaltung zufrieden

dbb senioren
Klitzing: „Seniorenpolitik darf kein politisches Randthema werden“

aktuell

Informationsdienst des dbb

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Berlin
Besoldungsallianz: Berlin muss endlich verfassungsgemäß besolden!

Nordrhein-Westfalen
Angriff auf Grünen-Fraktionssitzung aufs Schärfste verurteilt

Thüringen
Programm zur Gesundheitsförderung – tbb war erfolgreich!

Verband Bildung und Erziehung (VBE)
Startchancen- und Qualitätsentwicklungsgesetz: Finanzierung verlässlich regeln!

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG)
Terroristische Bedrohungslage in Deutschland nach wie vor hoch

BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft
Geldwäschebekämpfung: Mehr Befugnisse, aber Fragen bleiben offen

Namen und Nachrichten

Erscheint wöchentlich
Nachdruck honorarfrei
Quellenangaben erbeten

Gespräch mit Stefan Nacke
Sozialreformen brauchen Augenmaß

Der dbb fordert von den Unions-Parteien im Bundestag pragmatische Lösungen. Viele Reformprojekte der Bundesregierung seien nicht zu Ende gedacht.

Bei der geplanten Rentenreform spricht sich der dbb für eine generationsgerechte und nachhaltige Lösung aus. „Die Rente muss die Arbeits- und Lebensleistungen der Beschäftigten spiegeln. Ein flexibler, finanziell abgesicherter Renteneintritt, wie beispielsweise die vorzeitige Rente nach 45 Versicherungsjahren oder die Altersteilzeit im Blockmodell, gehören dazu“, erklärte dbb-Chef Volker Geyer am 25. November 2026 bei einem Treffen mit Stefan Nacke, dem Vorsitzenden der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Eine klare Absage erteilte der dbb auch Überlegungen zur Absenkung der Hinterbliebenenrente oder zur Herausnahme von Kindererziehungs- und Betreuungszeiten bei den Wartezeiten. Geyer: „Hier wären es insbesondere Frauen, die die Zeche zahlen müssten, das machen wir nicht mit.“
Eine Stärkung kapitalgedeckter Elemente in der Gesetzlichen Rentenversicherung halte er grundsätzlich für den richtigen Schritt, so der dbb-Bundesvorsitzende weiter. „Allerdings dürfen die daraus folgenden finanziellen Belastungen im Zusammenspiel mit der allgemeinen Beitragssatzentwicklung nicht zu einer Überlastung führen“, machte Geyer klar. Zudem müsse sichergestellt sein, dass das Geld dem politischen Zugriff entzogen bleibe und unter die Selbstverwaltung der Beitragszahlenden gestellt werde.

„Außerdem muss spätestens nach dem Bericht der Rentenkommission klar sein: Die Einbeziehung der Beamtinnen und Beamten in die Gesetzliche Rentenversicherung ist ein Irrweg, der nicht nur rechtlich hochproblematisch ist, sondern am Ende zu höheren Kosten für alle führt“, unterstrich Geyer.

Um die Gesetzliche Rentenversicherung nachhaltig zu entlasten, müssten versicherungsfremde Leistungen zudem endlich vollständig aus Steuermitteln finanziert werden. Geyer: „In den aktuellen Haushaltsberatungen steht im Raum, den Zuschuss des Bundes an die Rentenversicherung um drei Milliarden Euro zu kürzen, während diese bereits heute bis zu 40 Milliarden an nicht beitragsgedeckten Leistungen stemmen muss. Es ist schlicht ungerecht, allein den Beitragszahlenden die Kosten für die gesamtgesellschaftlichen Aufgaben aufzubürden.“

Nicht zuletzt kritisierte der dbb-Chef abermals die geplanten Reformen bei Krankschreibungen. „Ab dem ersten Krankheitstag eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung gesetzlich vorzuschreiben und die telefonische Krankschreibung abzuschaffen, lehnen wir entschieden ab“, erklärte der dbb-Chef. „Wenn alle am ersten Krankheitstag in die Arztpraxis müssen, dann führt das nicht nur zu mehr Bürokratie, sondern auch zu völlig unnötigen Infektionskontakten und letztlich zur Überlastung unseres Gesundheitssystems. Ganz zu schweigen davon, dass diese Neuregelung ein skandalöses pauschales Misstrauensvotum gegen die Arbeitnehmenden im Land wäre.“

Auch die Ausweitung der sachgrundlosen Befristung kritisierte der dbb Bundesvorsitzende: „Das führt zu einer Unsicherheit der betroffenen Beschäftigten in sämtlichen Lebensbereichen. Die notwendige Planungssicherheit fällt weg. Daher ist die bisherige Möglichkeit der sachgrundlosen Befristung zu streichen und nicht, wie geplant, zu erweitern.“

Sicherheitslage
Der öffentliche Dienst im Fadenkreuz

Der öffentliche Dienst steht massiv im Fadenkreuz von Desinformation und Cyberangriffen. Beschäftigte sollten wachsam sein.

In den Wahlerfolgen populistischer Parteien in den vergangenen Monaten sieht dbb-Chef Volker Geyer ein Zeichen für schwindendes Vertrauen in den Staat. Ein Gegenmittel sei ein starkes Berufsbeamtentum: „Beamtinnen und

Beamte sind keiner Partei und keiner Regierung, sondern der Verfassung verpflichtet. In Zeiten politischer Unsicherheit sind sie ein Bollwerk gegen Extremismus“, sagte er vor dem dbb-Bundesvorstand am 24. November 2026 im dbb forum berlin. Mit Sorge beobachte er, wie pauschale Angriffe auf Beamtinnen und Beamte sowohl in der Bevölkerung als auch in Teilen der Politik verfangen. „Wer die Demokratie stärken will, muss das Berufsbeamtentum stärken“, bekräftigte er und forderte von der Politik ein klares Bekenntnis zu den Beamtinnen und Beamten.

Bundesinnenminister Alexander Dobrindt hatte die Bedrohungslage für Deutschland im Juli 2026 als hoch eingestuft. „Wir müssen uns im Klaren darüber sein, dass das Risiko von Anschlägen jederzeit gegeben ist“, sagte Silke Willems, Vizepräsidentin des Bundesamtes für Verfassungsschutz, als Gastrednerin auf der Vorstandssitzung. Sie verwies unter anderem auf den gescheiterten Sprengstoffanschlag auf ein ukrainisches Frachtflugzeug am Flughafen Leipzig/Halle im August. Solche und ähnliche Anschläge dienten dazu, Deutschland, das innerhalb Europas nach wie vor über starke wirtschaftliche und politische Macht verfüge, zu destabilisieren. Für Russland, das sich in einem Konflikt mit westlichen Demokratien sieht, sei die Bundesrepublik deshalb ein klares Ziel – und damit auch der öffentliche Dienst.

Politik und Verwaltung seien insbesondere Ziel von Desinformation und Ausspähaktionen: „Diese Gefahr ist real, bitte unterschätzen Sie das nicht“, appellierte Willems an die Mitglieder des dbb-Bundesvorstandes. Auf besonders fruchtbaren Boden fielen entsprechende Versuche an den rechten und linken Rändern. Gefahren gingen zudem von Islamismus sowie einem breiten Spektrum von links- und rechtsextremen Gruppen aus. Umso wichtiger sei es, „das Bewusstsein für starke Sicherheitsbehörden, die Bedeutung des Berufsbeamtentums für den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat und für einen öffentlichen Dienst zu schärfen, der unser Land resilient hält“.

Treffen mit Steffen Bilger
Ohne sichere Finanzierung keine intakte Infrastruktur

Der Bundesverkehrsminister will die Finanzierung der Autobahn GmbH neu ordnen. Die dbb-Führung übt deutliche Kritik.

„Die Autobahnen sind der Verkehrsträger Nummer 1 in Deutschland und das Rückgrat der Wirtschaft. Deshalb darf es bei der Finanzierung keine Trickserei geben“, sagte Volker Geyer, Bundesvorsitzender des dbb, bei einem Gespräch mit Bundesverkehrsminister Steffen Bilger am 24. November 2026 in Berlin. „Wir brauchen Sicherheit und Verlässlichkeit. Ausgerechnet daran hapert es derzeit aber massiv. Daran ändern auch die Reformpläne nichts – im Gegenteil!“

Laut Gesetzentwurf soll die Autobahn GmbH künftig Einnahmen aus der LKW-Maut erhalten und Kredite aufnehmen dürfen. „Grundsätzlich kann das ein Weg sein, den wir mitgehen können, sofern die Voraussetzungen stimmen“, erklärte Geyer. Doch das sei hier mitnichten der Fall, das Konstrukt in der geplanten Form auf Dauer einfach nicht tragfähig. Besonders kritisch: Der Gesetzentwurf umfasst keine Obergrenze für die Verschuldung.

„Wenn die Autobahn GmbH einen Blankoscheck bekommt, Kredite schlimmstenfalls nicht mehr tilgen kann und sich überschuldet, ist niemandem geholfen“, mahnte der dbb-Chef. „Sollte es dazu kommen, zementieren wir den maroden Zustand unserer Infrastruktur. Dieses Szenario berücksichtigt der aktuelle Entwurf in keiner Weise. Deshalb erwarte ich die ausdrückliche Zusage der Bundesregierung, für die Finanzierung der Autobahn GmbH einzustehen.“

Bei der Sanierung der Autobahnen geraten öffentlich-private Partnerschaften immer wieder in den Fokus. „Diese lehnen wir entschieden ab“, betonte Andreas Hemsing, Zweiter Vorsitzender und Fachvorstand Tarifpolitik des dbb, im Gespräch mit dem Minister. „Die öffentliche Hand muss die Kontrolle über die Infrastruktur haben. Wenn wir Verantwortung auslagern, verlieren wir Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten – und diese gilt es angesichts des enormen Sanierungsbedarfs, um jeden Preis zu bewahren.“

Austausch mit BMK-Präsidentin

Beamtenstatus stärkt Schule und Demokratie

Lehrkräfte übernehmen in ihrem Beruf besondere Verantwortung. Der Beamtenstatus schützt sie vor politischer Einflussnahme und sichert einen verlässlichen Schulbetrieb.

„Der Beamtenstatus steht für ein verlässliches Schulwesen, das fest in unserer Verfassung verankert und vor unzulässiger politischer Einflussnahme geschützt ist“, sagte dbb Bundesvorsitzender Volker Geyer am 27. November 2026 bei einem Gespräch mit Anna Stolz, Präsidentin der Bildungsministerkonferenz (BMK) und Bayerische Staatsministerin für Unterricht und Kultus.

„Beamtinnen und Beamte sind in besonderer Weise unserer Verfassung verpflichtet. Gerade in Zeiten des politischen Wandels schafft das Kontinuität und Verlässlichkeit“, erklärte der dbb-Chef. Die klare Linie der BMK-Präsidentin Stolz zur Verbeamtung von Lehrkräften schätze er deshalb sehr: „In der aktuellen Diskussion braucht es starke Stimmen, die für den Beamtenstatus und seine Bedeutung für unsere Schulen eintreten.“

Simone Fleischmann, stellvertretende Bundesvorsitzende des dbb und des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), ergänzte: „Schule prägt, wie junge Menschen unsere Demokratie verstehen und erleben. Hier lernen sie, eigene Standpunkte zu entwickeln, andere Meinungen auszuhalten und sich als selbstbestimmte Mitglieder unserer Gesellschaft einzubringen.“ Dieser Raum dürfe nicht zum Spielball politischer Interessen werden. „Lehrkräfte müssen ihren Bildungsauftrag frei erfüllen können. Der Beamtenstatus stärkt ihnen dabei den Rücken und schützt ihre pädagogische Freiheit“, betonte Fleischmann.

Susanne Lin-Klitzing, Vorsitzende des Deutschen Philologenverbandes (DPhV) und der dbb Fachkommission Schule, Bildung und Wissenschaft, erklärte: „Der Staat verpflichtet Kinder und Jugendliche zum Schulbesuch. Unterricht und Prüfungen müssen deshalb verlässlich stattfinden.“ Das mit dem Beamtenstatus verbundene Streikverbot sichere die Kontinuität des Schulbetriebs. Ein weiterer Grund für die Verbeamtung von Lehrkräften aus ihrer Sicht ist die Übernahme von hoheitlichen Aufgaben: „Sie vergeben Noten und Abschlüsse und entscheiden über Versetzungen. Das sind verantwortungsvolle Entscheidungen, die Bildungswege unmittelbar prägen.“

dbb frauen

Fortschritt sichern – kein Schritt zurück!

Gesellschaftlicher Fortschritt ist keine Einbahnstraße. Im Gegenteil: Bei den Frauenrechten drohen Rückschritte.

„Wir erleben politische Kräfte, die Gleichstellungspolitik grundsätzlich infrage stellen, die traditionelle Vorstellungen von Familie und der Rolle von Frauen wieder zum gesellschaftspolitischen Leitbild machen möchten“, sagte Milanie Kreutz, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung und stellvertretende Bundesvorsitzende des dbb, am 25. November auf der Frauenvollversammlung des Bayerischen Beamtenbunds (BBB) in München. „Zum einen müssen wir diese rückwärtsgewandte Politik in die Schranken weisen. Und zum anderen müssen wir weiter für den Fortschritt arbeiten: für Entgeltgleichheit, mehr Frauen in Führungspositionen und mehr Beteiligung an Entscheidungen, sei es in Gewerkschaften, in der Politik, in der Verwaltung und in den Parlamenten.“

Ein Dorn im Auge ist den Gewerkschafterinnen die Reform des Unterhaltsvorschusses. Dabei handelt es sich um eine sozialstaatliche Leistung, die Kindern von Alleinerziehenden zugutekommt, wenn ein Elternteil Unterhaltszahlungen nicht bezahlt. Die Regierung plant, erstmals eine Einkommensgrenze einzuführen. Der Anspruch soll ab einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 40.000 Euro entfallen.

„90 Prozent der Alleinerziehenden im Leistungsbezug sind Frauen“, erklärte die Vorsitzende der dbb frauen. „Der Unterhaltsvorschuss wird nicht gezahlt, weil die alleinerziehende Mutter zu wenig verdient. Er wird gezahlt, weil der andere Elternteil seiner Unter-

haltspflicht gegenüber dem Kind nicht nachkommt. Warum sollte sich an dieser Verantwortung des Unterhaltspflichtigen gegenüber dem Kind etwas ändern, nur weil die Mutter mehr arbeitet, beruflich aufsteigt oder mehr verdient?“

Um diese neue Einkommensgrenze zu überprüfen, wären jährlich rund 800.000 zusätzliche Einkommensprüfungen erforderlich – angesichts des Personalmangels in der Verwaltung ist das aus Sicht der dbb frauen der falsche Weg. Besser wäre, die Ressourcen zu verwenden, um ausstehenden Unterhalt konsequenter einzufordern.

Kreutz verwies in ihrer Rede auch auf den Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen, der am selben Datum wie die Frauenvollversammlung stattfand. „Wenn wir über Fortschritt und Rückschritt bei Frauenrechten sprechen, dann müssen wir auch über eines der elementarsten Rechte von Frauen sprechen: das Recht auf ein Leben frei von Gewalt“, betonte sie. „Gewalt gegen Frauen ist kein Randthema der Gleichstellungspolitik. Sie betrifft Frauen mitten in ihrem Alltag und in einem Ausmaß, das uns nicht ruhen lassen darf. Gleichberechtigung muss sich auch daran messen lassen, ob Frauen sicher, frei und selbstbestimmt leben können!“

Wer Frauen wirksam vor häuslicher Gewalt schützen will, muss auch ihre finanzielle Unabhängigkeit stärken. Denn wirtschaftliche Eigenständigkeit kann entscheidend sein, um Abhängigkeiten zu durchbrechen und Gewaltbeziehungen zu verlassen. Für Kreutz steht deshalb fest: „Gleichstellungspolitik ist auch Haushaltspolitik.“

dbb frauen

Orange Day 2026: Gewalt verhindern, Betroffene schützen, Täter bestrafen

Der Orange Day ist ein weltweiter Aktionstag gegen Gewalt an Frauen und Mädchen. Die Zahl der Übergriffe steigt.

Die Statistiken sprechen eine klare Sprache. 62,3 Prozent der Frauen sind bereits Opfer sexueller Belästigung geworden. Mehr als zwei Drittel der Betroffenen sogar mehrfach. Das geht aus der repräsentativen Studie „Lebenssituation, Sicherheit und Belastung im Alltag“ hervor, die das Bundeskriminalamt veröffentlicht. Erschreckend: Nur drei Prozent der Fälle kommen zur Anzeige.

„Diese Entwicklung muss ein Weckruf für die Gesellschaft sein“, sagte Milanie Kreutz, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung und stellvertretende Bundesvorsitzende des dbb, am 24. November in Berlin. „Wir dürfen uns niemals daran gewöhnen, dass Frauen Angst vor Gewalt haben müssen. Nicht zuhause, nicht auf der Straße, nicht am Arbeitsplatz und nicht im Netz. Jede Frau hat das Recht, frei und sicher zu leben. Unser Anspruch muss deshalb sein: Gewalt verhindern, Betroffene konsequent schützen und Täter zur Verantwortung ziehen.“

Kreutz fordert einen Perspektivwechsel: „Wir begrüßen ausdrücklich die Initiativen des Gesetzgebers für mehr Schutz vor häuslicher, digitaler und sexualisierter Gewalt. Aber am Ziel sind wir noch lange nicht“ – der Grundsatz mit Blick auf das Sexualstrafrecht muss lauten: „Nur Ja heißt Ja!“

Ebenfalls muss die Politik dafür sorgen, dass die finanzielle Grundlage gegeben ist, um das Gewalthilfegesetz flächendeckend umzusetzen, fordert die dbb bundesfrauenvertretung. Nur so kann es gelingen, Gewaltspiralen früher zu durchbrechen. Zu oft müssen Frauen mit ihren Kindern ihr Zuhause verlassen, um sich in Sicherheit zu bringen, was angesichts angespannter Wohnungsmärkte kaum möglich ist. Ebenfalls wichtig: Die Politik muss Polizei und Justiz unterstützen, damit sie Wegweisungen und Näherungsverbote konsequent durchsetzen können.

Nicht zuletzt braucht es in der juristischen Praxis vor Gericht einen Perspektivwechsel. Kreutz: „Nach einer Gewalttat müssen wir Betroffene stärken, anstatt ihr Verhalten infrage zu stellen. Alle betroffenen Frauen müssen wissen: Ich werde ernst genommen, ich bekomme Hilfe und ich kann mein Recht durchsetzen. Täter dürfen sich nicht darauf verlassen können, dass Betroffene vor einem schwierigen Weg durch die Justiz zurückschrecken. Es gibt leider noch viel zu viele Fälle, in denen das so ist.“

Volker Geyer, Bundesvorsitzender des dbb, unterstrich, dass der Kampf gegen Gewalt an Frauen keine Randfrage ist. „Er geht uns alle etwas an“, sagte er. „Mit Blick auf den öffentlichen Dienst muss gelten, dass Bund, Länder und Kommunen als Arbeitgebende Verantwortung tragen für die Sicherheit am Arbeitsplatz, funktionierende Schutzkonzepte und Hilfsangebote, die im Ernstfall greifen. Dabei ist Gewaltschutz keine Aufgabe einzelner Ressorts oder Institutionen. Wir alle zusammen tragen die politische und gesellschaftliche Verantwortung!“

Hintergrund: Für das Jahr 2025 erfasst das Bundeskriminalamt 54.675 Fälle von Sexualstraftaten gegen Frauen und Mädchen – das sind 2,3 Prozent mehr als im Vorjahr. Bei der digitalen Gewalt stieg die Zahl der weiblichen Opfer um 16 Prozent. Und einen neuen Höchststand verzeichnet die Statistik bei der häuslichen Gewalt, die in mehr als 70 Prozent der Fälle Frauen betrifft. Über 280.100 Menschen waren betroffen – das entspricht einem Anstieg von 2,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

dbb jugend

Der Staat muss ein flexibler Arbeitgeber sein

Arbeitsrecht, Arbeitsbedingungen, Altersvorsorge: Aus Sicht der dbb jugend gibt es viel zu besprechen.

„Eine Verlängerung der Befristungsmöglichkeiten auf bis zu vier Jahre würde für viele junge Beschäftigte eine unnötig lange Phase beruflicher Unsicherheit bedeuten“, sagte Matthäus Fandrejewski, Vorsitzender der dbb jugend, am 25. November 2026 bei einem Gespräch mit dem SPD-Bundestagsabgeordneten Jens Peick in Berlin. „Gerade junge Menschen brauchen verlässliche Beschäftigungsperspektiven. Befristete Arbeitsverhältnisse erschweren die Wohnungssuche, langfristige finanzielle Entscheidungen und die Familienplanung. Wer über Jahre nicht weiß, ob der eigene Arbeitsplatz bestehen bleibt, kann seine Zukunft nur schwer planen. Ich erwarte von der Politik, dass sie berufliche Sicherheit stärkt, anstatt die Unsicherheit noch weiter zu vergrößern.“

Die dbb jugend setzt sich dafür ein, dass junge Beschäftigte Familie und berufliche Entwicklung miteinander verbinden können. „Hier muss das Gesamtpaket stimmen“, betonte Fandrejewski. „Vor allem kommt es auf Flexibilität an. Denn es läuft nicht immer alles nach Schema F. Der Staat muss als Arbeitgeber viele Ebenen mitdenken. Dazu gehören zum Beispiel die Möglichkeit, im Homeoffice zu arbeiten, eine flexible Gestaltung der Arbeitszeiten und Top-Sharing.“ Top-Sharing ist ein Modell, bei dem sich zwei Beschäftigte eine Führungsposition teilen.

Mit Blick auf das Rentenpapier unterstrich der Chef der dbb jugend die Bedeutung einer langfristig tragfähigen und generationengerechten Alterssicherung. Fandrejewski: „Ein zentraler Baustein ist aus meiner Sicht die betriebliche Altersversorgung. Sie darf nicht aus dem Blick geraten, muss stärker gefördert werden, damit sie für Beschäftigte attraktiv ist.“

dbb jugend

Nur 17 Prozent der jungen Menschen sind mit der Verwaltung zufrieden

Das geht aus einer neuen Studie der Universität Hohenheim hervor. Auch andere Erkenntnisse sind bemerkenswert.

Die Bevölkerung wünscht sich eine Verwaltung, die möglichst schnell und fehlerfrei arbeitet. Doch nach ihrer Wahrnehmung liegt dieses Ideal in weiter Ferne. Ein Forschungsteam der Universität Hohenheim hat in einer repräsentativen Umfrage ermittelt, dass lediglich 14 Prozent mit dem Status quo zufrieden sind. In der Altersgruppe der 60- bis 74-Jährigen sind es lediglich zwölf Prozent. Mit knapp 17 Prozent liegt die Zufriedenheit bei den 18- bis 29-Jährigen etwas höher, aber immer noch auf einem sehr niedrigen Niveau. Befragt wurden mehr als 2.500 Menschen.

„Wir müssen dringend über Bürokratieabbau sprechen“, sagte Matthäus Fandrejewski, Vorsitzender der dbb jugend, am 23. November 2026 in Berlin. „Die Ergebnisse zeigen unmissverständlich auf, dass mit den Abläufen in den Behörden große Unzufriedenheit besteht. Die Menschen empfinden die Arbeitsweise als kompliziert und wünschen sich eine schnellere Bearbeitung ihrer Anliegen. Eine wesentliche Ursache für lange Wartezeiten ist nicht zuletzt auch fehlendes Personal. Der Staat muss mehr gegen den Fachkräftemangel tun. Denn nur ein handlungsfähiger Staat genießt das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger.“

Vor allem im ländlichen Raum fehlt es an digitalen Angeboten in der Verwaltung, geht aus der Studie hervor. Fandrejewski: „Egal, ob Land oder Stadt, mit halbfertigen digitalen Lösungen muss endlich Schluss sein. Wenn wir Ineffizienz, Doppelstrukturen und überflüssige Arbeitsschritte einfach ins Digitale übertragen, ist niemandem geholfen. Wichtig ist auch, dass die Politik die Beschäftigten einbezieht. Sie wissen, woran es hapert, und wünschen sich ebenfalls mehr Tempo beim Bürokratieabbau.“

Bankgeschäfte erledigen, Tickets kaufen, online einkaufen – Lösungen aus der Privatwirtschaft setzen die Maßstäbe, welche die Bevölkerung auch von Verwaltungsdienstleistungen erwartet. „Dies muss unser Anspruch sein“, sagte der Chef der dbb jugend. „Aber klar ist auch, dass wir nicht vergessen dürfen: Neben schlechter Bürokratie gibt es auch gute Bürokratie, die Verlässlichkeit schafft. Vorschriften beim Arbeitsschutz, bei Verbraucherrechten und Gesundheit schützen vor Willkür und schaffen verbindliche Standards. Sie dürfen nicht unter dem Vorwand des Bürokratieabbaus zurückgefahren werden.“

dbb senioren

Klitzing: „Seniorenpolitik darf kein politisches Randthema werden“

Der dbb-Seniorenchef fordert mehr Bewusstsein für die Probleme der älteren Generation. Denn es liegt viel im Argen.

„Die Interessen älterer Menschen müssen angesichts des demografischen Wandels deutlich stärker in den Mittelpunkt politischen Handelns rücken.“ Das hat der Vorsitzende der dbb bundesseniorenvertretung, Horst Günther Klitzing, bei einem Gespräch mit der CDU-Bundestagsabgeordneten Astrid Timmermann-Fechter am 24. November 2026 in Berlin deutlich gemacht. Im Mittelpunkt standen unter anderem die gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen, die Bekämpfung von Einsamkeit und die politischen Rahmenbedingungen einer modernen Seniorenpolitik.

„Seniorenpolitik darf nicht zum politischen Randthema degradiert werden. Es reicht nicht, regelmäßig Berichte und Empfehlungen vorzulegen. Entscheidend ist, dass daraus endlich konkretes politisches Handeln folgt“, unterstrich Klitzing.

Besonders wichtig sei dabei die gesellschaftliche Teilhabe im Alter. Die dbb bundesseniorenvertretung sieht mit Sorge, dass Einsamkeit und soziale Isolation für immer mehr Menschen zu ernsthaften Problemen werden. Im Gespräch wurde deshalb auch die im Koalitionsvertrag vorgesehene Fortschreibung der Einsamkeitsstrategie thematisiert. Die dbb bundesseniorenvertretung fordert hierzu eine breite und ausreichend finanzierte Forschung sowie konkrete politische Konsequenzen. Auch die Empfehlung, die gesetzlichen Grundlagen für eine umfassende Seniorenpolitik in einem eigenständigen Sozialgesetzbuch „Teilhabe im Alter“ zu bündeln, sollte nach Auffassung der dbb Senioren ernsthaft geprüft werden.

„Ältere Menschen haben einen Anspruch darauf, dass ihre Interessen verbindlich berücksichtigt werden. Häufig wird auch vergessen, dass Senioren eine wichtige Wählergruppe der demokratischen Mitte darstellen. Umso wichtiger ist es, ihren Forderungen Gehör zu schenken“, so der dbb Bundesseniorenvorsitzende.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf. Für die dbb bundesseniorenvertretung ist klar: Beschäftigte, die Verantwortung für pflegebedürftige Angehörige übernehmen, dürfen dadurch nicht selbst finanziell und sozial ins Abseits geraten. Die dbb bundesseniorenvertretung fordert deshalb seit Jahren eine steuerfinanzierte Entgeltersatzleistung in Form eines Familienpflegegeldes analog zum Elterngeld sowie bessere Möglichkeiten, Pflege und Erwerbstätigkeit durch flexible Arbeitsmodelle miteinander zu verbinden.

„Mit der vorgesehenen Pflegereform wird es pflegenden Angehörigen jedoch schwerer gemacht. Entlastung sucht man vergeblich!“, sagte Klitzing.

Und weiter: „Wer Angehörige pflegt, übernimmt eine Aufgabe, ohne die unser Pflegesystem längst nicht mehr funktionieren würde. Trotzdem werden die Betroffenen beim Einkommen und später bei der Rente vielfach mit den Folgen allein gelassen. Das ist nicht akzeptabel.“

Eine bessere Vereinbarkeit sei dabei nicht allein sozialpolitisch geboten. Sie werde angesichts des Arbeits- und Fachkräftemangels zunehmend auch zu einer beschäftigungspolitischen Notwendigkeit. Die dbb bundesseniorenvertretung warnt, dass ohne bessere Rahmenbedingungen künftig zahlreiche pflegende Angehörige ihre Erwerbstätigkeit reduzieren oder ganz aufgeben könnten.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Berlin
Besoldungsallianz: Berlin muss endlich verfassungsgemäß besolden!

Berliner Spitzenverbände des öffentlichen Dienstes und Richterverbände fordern verbindliche Zusagen der künftigen Koalition – Brandenburg hat bereits gehandelt.

„Daher haben wir die – einigen Jahren bereits gegründete – ‚Besoldungsallianz‘ gemeinsam aufleben lassen und gehen heute mit einer gemeinsamen Pressemitteilung an die Öffentlichkeit, um weiter Druck auf die politischen Verantwortlichen im Land Berlin auszuüben“, sagte dbb Landeschef Frank Becker am 26. November 2026.

Die Berliner Besoldungsallianz ist ein Bündnis von Spitzenorganisationen und Interessenvertretungen im öffentlichen Dienst Berlins, das sich für eine verfassungsgemäße, amtsangemesse Besoldung und entsprechende Nachzahlungen für Beamtinnen, Beamte sowie Richterinnen und Richter in Berlin einsetzt. Der Zusammenschluss besteht aus: Deutscher Richterbund – Landesverband Berlin; DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg; dbb berlin; Hauptpersonalrat des Landes Berlin; Verein der Verwaltungsrichterinnen und Verwaltungsrichter in Berlin.

Seit 2025 steht erneut höchstrichterlich fest: Das Land Berlin hat seine Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen, Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte jahrelang verfassungswidrig zu niedrig besoldet. Während Brandenburg inzwischen eine umfassende Neuregelung beschlossen hat und auch der Bund bereits daran arbeitet, steht eine Lösung in Berlin weiterhin aus.

„Es geht nicht um Geschenke des Staates. Es geht um unser Grundgesetz. Wer von seiner Beamten- und Richterschaft verlangt, täglich für Recht und Gesetz einzustehen, muss selbst ganz besonders die Verfassung achten. Die jahrelange verfassungswidrige Unteralimentation muss endlich beendet werden“, erklärt Dr. Daniel Uhlig, Vorstandsmitglied des Deutschen Richterbundes – Landesverband Berlin (DRB Berlin) und Mitglied der Expertenrunde Besoldung des DRB-Bundesverbandes. Feuerwehrleute, Lehrkräfte, Polizistinnen und Polizisten, Justizwachtmeisterinnen und Justizwachtmeister, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, Richterinnen und Richter sowie die vielen anderen Beamtinnen und Beamten sorgen täglich dafür, dass unser Gemeinwesen funktioniert. Der Berliner Haushalt darf nicht auf deren Rücken konsolidiert werden, insbesondere nicht um den Preis der Unterschreitung der verfassungsrechtlich geschuldeten Mindestbesoldung. Die Verfassung gilt auch dann, wenn das Geld knapp ist. Ihre Einhaltung darf nicht davon abhängen, welche Mittel nach der Finanzierung anderer politischer Ausgabenwünsche übrigbleiben.

Dazu Daniela Ortmann, Vorsitzende des Hauptpersonalrates des Landes Berlin: „Politik muss sich entscheiden: Entweder sind wir ein Rechtsstaat oder wir sind keiner; er ist nicht teilbar! Und der Rechtsstaat muss auch für Beamtinnen und Beamte gelten.“

Auch die Zukunftsfähigkeit des Berliner öffentlichen Dienstes steht auf dem Spiel. Berlin konkurriert mit Brandenburg, dem Bund und anderen Ländern um qualifizierte Fachkräfte. „Die verantwortungsvolle Tätigkeit von Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen, Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten muss auch in Zukunft attraktiv bleiben. Nur wer angemessen besoldet wird, kann unabhängig und rechtsstaatlich arbeiten“, erklärt Sophie Straßer, Sprecherin des Landesverbandes der Neuen Richter*innenvereinigung.

Wer über Jahre hinweg verfassungswidrig besoldet und die notwendige Korrektur erst nach langwierigen gerichtlichen Auseinandersetzungen vornimmt, beschädigt das Vertrauen in den Staat als Dienstherrn und erschwert die Gewinnung und Bindung von Personal. Das Ausmaß der Auseinandersetzungen ist erheblich: In seiner Entscheidung von 2025 verweist das Bundesverfassungsgericht auf rund 100.000 ruhend gestellte Widerspruchsverfahren sowie weitere 2.000 bis 3.000 Klageverfahren im Zusammenhang mit der Berliner Besoldung.

„Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften haben die Berliner Landesregierungen seit vielen Jahren regelmäßig darauf hingewiesen, dass das Land seinen verbeamteten Beschäftigten zu wenig Besoldung zahlt – vergeblich“, kommentiert Katja Karger, Vorsitzende des DGB Berlin-Brandenburg. „Leider wurden unsere Hinweise und die Widersprüche in den letzten zwanzig Jahren ignoriert und die Verantwortung auf die jeweils nachfolgende Regierung abgeschoben. Die Beamtinnen und Beamten erwarten, dass das Land Berlin jetzt endlich ein verfassungskonformes und faires Nachzahlungsgesetz für die vergangenen Jahre auf den Weg bringt“, fordert die DGB-Vorsitzende.

„Besoldungsreparatur jetzt und füralle! Koalitionsstart mit Rechtsbruch und Fortsetzung der verfassungswidrigen Unteralimentation?", kommentiert dbb Landeschef Frank Becker den verfassungswidrigen Zustand.

„Das Land Berlin muss die Verfassungsmäßigkeit der Besoldung im Hier und Jetzt gewährleisten! Wir fordern nicht nur eine Reparatur der Besoldung bis einschließlich 2020, sondern die Einhaltung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts auch für den Zeitraum danach“, sagt Dr. Robert Ullerich, Vorsitzender des Vereins der Verwaltungsrichterinnen und Verwaltungsrichter in Berlin e.V.

Nordrhein-Westfalen
Angriff auf Grünen-Fraktionssitzung aufs Schärfste verurteilt

Der DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion verurteilt den gewaltsamen Übergriff auf eine Fraktionssitzung von Bündnis 90/Die Grünen in Schwerte, bei dem mehrere Menschen verletzt wurden, auf das Schärfste.

Der DBB NRW betrachtet diese Tat nicht nur als einen feigen Angriff auf engagierte Mandatsträgerinnen und Mandatsträger vor Ort, sondern als einen direkten Angriff auf unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung.

„In einer Demokratie hat die Auseinandersetzung mit Akteuren des gesellschaftlichen Lebens immer gewaltfrei zu erfolgen. Ein politischer oder gesellschaftlicher Disput wird immer durch eine offene Diskussion zum Ausgleich oder Konsens geführt – niemals mit Gewalt“, erklärt der 1. Vorsitzende des DBB NRW, Roland Staude, am 24. November 2026.

„Wer politische Arbeit durch Einschüchterung und körperliche Gewalt zu unterbinden versucht, greift das Fundament unseres demokratischen Zusammenlebens an. Unser volles Mitgefühl und unsere Solidarität gelten den Geschädigten sowie allen Betroffenen vor Ort. Wir wünschen den Verletzten eine schnelle und vollständige Genesung und erwarten eine konsequente strafrechtliche Aufarbeitung dieser Tat durch die Ermittlungsbehörden und die Justiz“, teilte der dbb-Landesbund mit.

Thüringen

Programm zur Gesundheitsförderung – tbb war erfolgreich!

Die Thüringer Landesregierung führt ein landesweites Programm zur Gesundheitsförderung für ihre Landesbeschäftigten zum 1. Januar 2027 ein. Eine Anmeldung ist jetzt schon möglich.

Damit wird eine langjährige Forderung des tbb erfüllt. Denn genau das hat der dbb Landesbund in seinem Forderungspapier zum Arbeits- und Gesundheitsschutz immer wieder angeregt: ein verbindliches, landesweites Gesundheitsförderungsangebot für alle Beschäftigten der Landesverwaltung.

Ab dem kommenden Jahr haben alle Beschäftigten der Landesverwaltung die Möglichkeit, ein großes Firmenfitnessangebot zu nutzen: vom Fitnessstudio über das Schwimmbad bis zum Yoga- oder Pilateskurs – und das flächendeckend in ganz Thüringen, wohn- oder arbeitsortnah.

Vor Ort stark: Hunderte Partnerstudios und -einrichtungen – Fitness, Schwimmen, Klettern, Yoga, Tanzen und mehr – laden landesweit zum Training ein, ob in der Großstadt oder auf dem Land.

Der tbb beamtenbund und tarifunion thüringen hat dieses Programm von Anfang an konstruktiv begleitet und sich mit seinem Forderungspapier „Arbeits- und Gesundheitsschutz“ nachdrücklich dafür eingesetzt. Der tbb ist erfreut, dass dieser Einsatz nun Früchte trägt und eine langjährige Forderung umgesetzt wird. Ein aktives Leben mit Bewegung, Ausgleich und guten Pausen ist der beste Schutz vor Stress, Rückenproblemen und Erschöpfung.

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

Startchancen- und Qualitätsentwicklungsgesetz: Finanzierung verlässlich regeln!

„Es ist nachvollziehbar, dass die Länder diese zusätzliche Verhandlungsrunde erzwingen, um eine dauerhafte und verlässliche Finanzierung zu erreichen“, sagt Tomi Neckov, Bundesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), anlässlich der am 20. November 2026 erfolgten Anrufung des Vermittlungsausschusses durch den Bundesrat.

„Entscheidend ist nun, dass daraus eine tragfähige Lösung wird, die von den Ländern auch realistisch umgesetzt werden kann. Zudem dürfen Verhandlungen zur Finanzierung keinesfalls dazu führen, dass zentrale Regelungen gestrichen und das Gesetz zu einer unverbindlichen Absichtserklärung entwertet wird“, so Neckov.

Der VBE unterstützt die zentralen Anliegen des Gesetzes: verbindliche Qualitätsmaßstäbe, gezielte Förderung, Sprachbildung sowie besondere Unterstützung für Kitas mit vielen Kindern in herausfordernden Lebenslagen.

Diese Regelungen sind notwendig, um Bildungsgerechtigkeit von Anfang an zu stärken. Neckov: „Endlich werden in der frühkindlichen Bildung verbindliche Standards gesetzt, die Kindern unabhängig von ihrer Herkunft bessere Entwicklungschancen ermöglichen können. Dieser Schritt ist schon lange überfällig.“

Zudem braucht es die länderseitig geforderte dauerhafte und verlässliche Finanzierung dringend. VBE-Chef Neckov betonte: „Der Bund muss die von ihm angestoßene Qualitätsentwicklung auch dauerhaft und verlässlich mitfinanzieren. Die vorgesehene Bundesförderung ist abnehmend und endet 2034, während die damit verbundenen Personal-, Qualifizierungs-, Beratungs- und Betriebskosten dauerhaft anfallen. Angesichts steigender Kosten und fehlender Anschlussfinanzierung werden die vorgesehenen Mittel nicht ausreichen. Wer neue Aufgaben vorgibt, muss auch deren Folgekosten tragen.“

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG)
Terroristische Bedrohungslage in Deutschland nach wie vor hoch

Die Bundesanwaltschaft hat am Donnerstagmorgen zwei mutmaßliche Mitglieder einer islamistischen Terrorgruppe in Heidelberg und Köln, die Anschläge in Deutschland und Europa geplant haben soll, festnehmen lassen. Für die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) zeigt dieser Fall erneut: Die Terrorgefahr ist allgegenwärtig.

Die DPolG mahnt zu Wachsamkeit, warnt aber zugleich davor, sich von Verunsicherung die Weihnachtsstimmung nehmen zu lassen. „Gerade in der Weihnachtszeit gilt es, unsere christlichen Traditionen und deutschen Werte zu leben und sich die Freude an Weihnachtsmärkten und den Festlichkeiten nicht nehmen zu lassen. Unsere Freiheit darf nicht dem Terror weichen“, erklärt der DPolG-Bundesvorsitzende Heiko Teggatz am 26. November 2026.

Die Sicherheitsbehörden bewerten die Lage kontinuierlich und passen ihre Maßnahmen fortlaufend an aktuelle Erkenntnisse an. Die Sicherheitskonzepte der vergangenen Jahre hätten sich dahingehend bewährt. Insbesondere auf Weihnachtsmärkten seien sichtbare Polizeipräsenz, moderne Videotechnik, lageangepasste Einsatzkonzepte sowie technische Schutzmaßnahmen wie Zufahrtssperren wichtige Bausteine für die Sicherheit der Besucherinnen und Besucher.

„Leider müssen Weihnachtsmärkte so stark gesichert werden, weil die Anschlagsgefahr insbesondere durch islamistische Terroristen weiter hoch ist. Wir haben damals in Berlin und zuletzt in Magdeburg gesehen, welche immensen Gefahren entstehen, wenn die Sicherung der Weihnachtsmärkte nicht ausreichend ist. Und an ein Auto kommt jeder Attentäter“, so Teggatz.

Nach Ansicht der DPolG brauche es ein Zusammenspiel aus Polizeipräsenz, moderner Technik und professioneller Einsatzplanung, um für die Sicherheit der Menschen zu sorgen. Diese entstehe nicht durch einzelne Maßnahmen, sondern durch ein Gesamtkonzept. Die Polizei sei auf mögliche Gefahrenlagen vorbereitet und werde auch in diesem Jahr mit hoher Professionalität, Präsenz und Aufmerksamkeit dazu beitragen, dass die Weihnachtsmärkte sicher stattfinden könnten.

Zugleich warnt die DPolG davor, den Menschen eine absolute Sicherheit vorzugaukeln. „Einen hundertprozentigen Schutz kann es in einer offenen Gesellschaft niemals geben. Wer etwas anderes verspricht, weckt falsche Erwartungen. Das darf aber nicht dazu führen, dass wir uns aus dem öffentlichen Leben zurückziehen oder uns die Freude an gemeinsamen Veranstaltungen nehmen lassen. Denn genau das wäre das Ziel derjenigen, die durch Terror und Gewalt Angst verbreiten wollen“, betont der DPolG-Bundesvorsitzende.

Für die DPolG steht fest: Weihnachtsmärkte sind Ausdruck gelebter Gemeinschaft, christlicher Tradition und Lebensfreude. Teggatz: „Unsere Weihnachtsmärkte dürfen nicht zu Hochsicherheitszonen werden. Die Menschen sollen weiterhin unbeschwert zusammenkommen, Zeit mit ihren Familien und Freunden verbringen und die Adventszeit genießen können. Diese Freiheit zu schützen, ist auch Auftrag der Polizei.“

BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft
Geldwäschebekämpfung: Mehr Befugnisse, aber Fragen bleiben offen

Die neuen Enthüllungen über die Deutsche Bank zeigen, wie groß die Herausforderungen bei der Geldwäschebekämpfung weiterhin sind. Mit dem sechsten EU-Geldwäschepaket soll die Bekämpfung der Finanzkriminalität europaweit verbessert werden.

Die Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft BDZ begrüßt die Reform, fordert aber eine konsequente Umsetzung: mit einer gestärkten Financial Intelligence Unit (FIU), mehr Personal und einer besseren Zusammenarbeit der Ermittlungsbehörden.

Die jüngsten Medienberichte über mutmaßlich übergangene interne Warnungen vor Geldwäsche- und Sanktionsrisiken bei der Deutschen Bank werfen erneut Fragen nach der Wirksamkeit bestehender Kontrollsysteme auf. Die Bank verweist auf Verbesserungen ihrer Geldwäscheprävention. Unabhängig von der Aufklärung der konkreten Vorwürfe zeigt die Debatte, warum die Europäische Union ihre Geldwäschebekämpfung grundlegend neu organisiert.

Bislang liegt die Geldwäscheaufsicht über deutsche Banken vor allem bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin). Künftig kommt die neue europäische Geldwäschebehörde AMLA hinzu, die ihren Sitz in Frankfurt am Main hat. Sie soll einheitliche Aufsichtsstandards durchsetzen, die Zusammenarbeit der nationalen Behörden verbessern und ab 2028 bis zu 40 besonders bedeutende Finanzinstitute und Finanzgruppen unmittelbar beaufsichtigen. Welche Banken dazugehören, wird erst 2027 entschieden.

Das sechste EU-Geldwäschepaket schafft damit wichtige Voraussetzungen, um Finanzkriminalität grenzüberschreitend wirksamer zu bekämpfen. Derzeit arbeitet das Bundesfinanzministerium an der Umsetzung der europäischen Vorgaben in deutsches Recht. Der entsprechende Gesetzentwurf sieht auch eine deutliche Erweiterung der Befugnisse der beim Zoll angesiedelten Financial Intelligence Unit (FIU) vor. Die Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft BDZ hat im Rahmen der Verbändebeteiligung dazu eine Stellungnahme abgegeben.

Während BaFin und künftig AMLA die Einhaltung der Geldwäschevorschriften überwachen, übernimmt die FIU eine andere Aufgabe: Sie wertet Verdachtsmeldungen etwa von Banken aus, erkennt Zusammenhänge zwischen auffälligen Finanztransaktionen und leitet relevante Erkenntnisse an die Strafverfolgungsbehörden weiter.

Künftig soll sie zusätzliche Informationsquellen nutzen, verdächtige Kontobewegungen gezielter überwachen und gemeinsam mit anderen europäischen Meldestellen Analysen durchführen können. Der BDZ begrüßt diese Verbesserungen ausdrücklich.

Der Gesetzentwurf erkennt für 2027 zwar einen zusätzlichen Personalbedarf von 37 Vollzeitäquivalenten bei Zollverwaltung und ITZ-Bund an. Gleichzeitig sollen die Mehrausgaben und Stellen innerhalb des Haushalts des Bundesfinanzministeriums ausgeglichen werden. Für den BDZ ist das nicht akzeptabel. Neue Aufgaben brauchen zusätzliche Beschäftigte, insbesondere in der operativen und strategischen Finanzanalyse. Auch der geplante direkte Kontendatenabruf der FIU darf nicht erst Ende 2030 zur Verfügung stehen.

Doch leistungsfähige Analysebehörden allein reichen nicht aus. Entscheidend ist, dass aus verdächtigen Finanztransaktionen auch Ermittlungen werden und kriminelles Vermögen gesichert werden kann. Dafür müssen FIU, Zollfahndung, Steuerfahndung, Polizei und Justiz eng zusammenarbeiten.

Die Bundesregierung hatte im Juli 2026 ein Gemeinsames Zentrum gegen Steuer- und Finanzkriminalität beim Zoll angekündigt. Wie dieses Zentrum konkret ausgestaltet werden soll, bleibt allerdings weiterhin offen. Der aktuelle Gesetzentwurf sieht zwar einen Nationalen Steuerungskreis und weitere Koordinierungsstellen vor. Diese dienen jedoch vor allem der strategischen Abstimmung. Wo und auf welcher rechtlichen Grundlage Zoll und Steuerfahndung komplexe Fälle tatsächlich gemeinsam bearbeiten sollen, bleibt ungeklärt.

Auch die geplante Neuordnung der Geldwäscheaufsicht außerhalb des Finanzsektors überzeugt den BDZ bislang nicht. Zwar soll bei der BaFin eine zentrale Koordinierungsstelle entstehen, um die bislang zersplitterte Aufsicht besser abzustimmen. Sie erhält jedoch keine Weisungsrechte gegenüber den zuständigen Aufsichtsbehörden. Zudem ist die Erfahrung der BaFin in der Bankenaufsicht nicht mit der erforderlichen Fachkompetenz für sämtliche Risiken im Immobiliengeschäft, Güterhandel oder bei rechts- und steuerberatenden Berufen gleichzusetzen. Der BDZ fordert deshalb gezielt Fachpersonal aus diesen Bereichen, die Einbindung kriminalistischer Erkenntnisse und eine wirksame Überprüfung, ob bestehende Aufsichtslücken tatsächlich geschlossen werden.

Die europäische Reform bietet eine große Chance. Entscheidend wird aber sein, ob Deutschland die neuen Befugnisse mit ausreichend Personal, moderner Technik und funktionierenden Strukturen verbindet. Geldwäschebekämpfung darf nicht an Behörden- und Zuständigkeitsgrenzen scheitern.

Namen und Nachrichten

Am 24. November 2026 haben sich **dbb/komba** mit den Arbeitgebenden zu Tarifverhandlungen für das Feuerwehr- und Sanitätspersonal der Flughafen Düsseldorf GmbH getroffen. Im Mittelpunkt der Gespräche stand die Altersteilzeit: dbb und komba gewerkschaft wollen eine verlässliche tarifliche Regelung schaffen und haben dafür wichtige Änderungen und Korrekturen vorgeschlagen. Doch die Arbeitgebenden verknüpfen einen Abschluss mit erheblichen Zugeständnissen bei der Arbeitszeit. Diese lehnt die Gewerkschaftsseite ab. Angesichts des bestehenden Bedarfs haben dbb und komba gewerkschaft vorgeschlagen, die Altersteilzeit in einem Tarifvertrag zur Altersteilzeit (TV ATZ) abzusichern. Das Anliegen ist klar: Künftig braucht es eine verlässliche Grundlage. Eine tarifliche Lösung sollte deshalb im gemeinsamen Interesse von Beschäftigten und Arbeitgebenden liegen. Die Arbeitgebenden wollen einen TV ATZ jedoch nur abschließen, wenn die Arbeitnehmerseite wesentliche Forderungen aufgibt. Im Gegenzug verlangen sie eine Erhöhung der Wochenarbeitszeit ohne vollen Lohnausgleich. Diese Verknüpfung weisen dbb und komba gewerkschaft zurück. Die notwendige Absicherung der Altersteilzeit darf nicht zum Hebel werden, um den Beschäftigten zusätzliche Belastungen aufzubürden. Die bisherigen Gespräche zeigen: Der Arbeitnehmerseite stehen harte Verhandlungen bevor. Sie setzt sich für den Fortbestand einer tragfähigen Altersteilzeitregelung und die Interessen der Mitglieder ein. Der nächste Verhandlungstermin findet am 19. Januar 2027 statt. Informationen über den weiteren Verlauf folgen.

Am 20. November 2026 haben der **dbb** und die Rettungsdienst Havelland GmbH die Verhandlungen zum Haustarifvertrag fortgesetzt. Nach intensiven Verhandlungen und weitreichenden Annäherungen muss die Arbeitgebendenseite nun endlich ein verbindliches und tragfähiges Gesamtangebot vorlegen, das den Weg für einen zeitnahen Tarifabschluss ebnet. Der dbb hat der Arbeitgebendenseite seine Anmerkungen und Änderungsvorschläge zum Entwurf im Vorfeld des Termins übermittelt. Auf dieser Grundlage konnten die noch bestehenden unterschiedlichen Positionen zielgerichtet und intensiv erörtert werden. Im Verlauf der Verhandlungen ist es gelungen, in weiteren Punkten eine Annäherung zu erzielen. Damit ist eine mögliche Einigung in greifbare Nähe gerückt. Allerdings hängt diese davon ab, dass die Arbeitgebendenseite endlich endgültig mitteilt, was sie den Beschäftigten im Gesamtpaket anbieten kann. Für den dbb steht fest: Eine abschließende Bewertung des Verhandlungsergebnisses ist erst dann möglich, wenn arbeitgebendenseitig verbindlich dargelegt wird, welche tariflichen Regelungen sie tatsächlich anbieten und umsetzen kann. Die Arbeitgebendenseite hat angekündigt, den aktuellen Verhandlungsstand und die damit verbundenen wirtschaftlichen Auswirkungen unternehmensintern abschließend zu prüfen. Aus der Sicht des dbb ist es dringend an der Zeit, dass diese Prüfung unverzüglich abgeschlossen wird. Die Beschäftigten brauchen endlich Klarheit und eine verlässliche tarifliche Perspektive. Ziel ist, den Haustarifvertrag noch vor Ende des Jahres 2026 zu unterzeichnen. Der dbb hat in den vergangenen Monaten konstruktiv und mit Nachdruck daran gearbeitet, tragfähige tarifliche Regelungen für die Beschäftigten zu erreichen. Nun muss auch die Arbeitgebendenseite die notwendigen Schritte unternehmen, um einen erfolgreichen Abschluss zu erreichen. Über die weiteren Entwicklungen wird der dbb zeitnah informieren!

Plus vier Prozent, mindestens 190 Euro: Die Tarifeinigung für Beschäftigte am Flughafen Erfurt-Weimar steht. Hier gibt es die Details. Nach dem einstimmigen Votum der Verhandlungskommission haben **dbb/komba** mehr Entgelt in zwei Schritten erreicht – mit einem besonderen Plus für die unteren Entgeltgruppen. Auch der Aufsichtsrat hat der Tarifeinigung zugestimmt. Die Lohn- und Vergütungstabellen werden zusammengeführt. Je Gruppe und Stufe zählt der höhere bisherige Wert. Allein das bringt je nach Ausgangswert bis zu rund 7,37 Prozent mehr; wo bereits der höhere Wert galt, bleibt es zunächst beim bisherigen Betrag. Neu hinzu kommen die EG 13 bis 15. Auf dieser Grundlage kommen zum 1. Januar 2027 weitere 4 Prozent, mindestens jedoch 190 Euro – auch in den EG 13 bis 15. Der Änderungstarifvertrag tritt am selben Tag in Kraft und ist mit einer Frist von drei Monaten schriftlich kündbar. Das Ergebnis: insgesamt rund 4 bis 15 Prozent mehr gegenüber den bisherigen Tabellen! Verglichen werden jeweils dieselbe Gruppe und Stufe, ohne individuelle Höhergruppierungen oder Änderungen bei den Zulagen. Die Tabelle gilt ab 1. Januar 2027 und enthält bereits beide Schritte. Für die Feuerwehr ist die Höhergruppierung von EG 6 nach EG 7, für Schichtleiter von EG 7 nach EG 8

vereinbart. Die Atemschutzzulage von 120 Euro entfällt; der Besitzstandsschutz verhindert eine Entgeltminderung. Wichtig bei den Zulagen: Für die ICAO-Feuerwehrstärke sind bei Einsetzbarkeit im Dienstplan 40 Euro Maschinisten-/Maschinistinnenzulage beziehungsweise 120 Euro Atemschutzzulage (G26.3) vorgesehen. Das Team Rescue and Firefighting (Feuerwehr) ist von beiden Zulagen ausgeschlossen. Die Höhergruppierung fängt dies sicher auf. Wer mehr als die Hälfte der maßgeblichen Stufenlaufzeit zurückgelegt hat, nimmt die gesamte Zeit dieser Stufe in die höhere Entgeltgruppe mit. Andernfalls beginnt die Stufenlaufzeit neu. Zum Ergebnis gehört auch der Abschluss des Vergütungsrahmentarifvertrags (VRTV). Im ersten Quartal 2027 wird über offene Entgeltfragen, den Manteltarifvertrag, Feuerwehrregelungen sowie den Tarifvertrag für Auszubildende weiterverhandelt. Die Ergebnisse sollen rechtzeitig für die Beratungen zum Thüringer Landeshaushalt 2028/2029 vorliegen.

Termine:

1. Dezember 2026
dbb forum ÖFFENTLICHER DIENST digital 2026
„Beamte und Dienst(un)fähigkeit - Rechtslage und Praxis“
Mehr Infos unter www.dbb.de

10. Dezember 2026
dbb Verkehrstag
Mehr Infos unter www.dbb.de

11. Januar 2027
dbb Jahrestagung
Mehr Infos unter: dbb.de/Jahrestagung

12. - 13. April 2027
dbb Forum Personalvertretungsrecht
(Weitere Informationen folgen)